

Die Vorsitzende verwies auf die Tischvorlage und begrüßte die Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums, Frau Dinstühler, die für Fragen zur Verfügung stehe. Dezernent Wagner bat um Nachsicht, dass die Vorlage erst so kurzfristig zur Verfügung gestellt werden konnte. Es sei ein erhöhter Abstimmungsbedarf vonnöten gewesen. Eine Beteiligung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung sei erforderlich, da die Mittel im Haushaltsplan 2015/2016 mit einem Sperrvermerk zugunsten des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung versehen seien. Er hätte es bevorzugt, dass die Ausschussmitglieder mehr Zeit zur Beratung gehabt hätten. Es sei aber sinnvoll, heute einen Beschluss zu fassen, damit die Mittel tatsächlich kurzfristig zur Verfügung gestellt werden könnten.

SkB Ellenberger erklärte, dass er aufgrund der kurzfristigen Vorlage an der Abstimmung nicht teilnehmen werde. Abg. Göllner stellte fest, dass das Thema die politischen Gremien schon länger beschäftige, von daher sei es kein völlig neuer Sachverhalt. Inhaltlich könne sich die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage anschließen, zumal jetzt konkrete Projekte vorlägen. Sie würde es aber begrüßen, wenn die Verwaltung in einem Konzept darlege, für welche Zwecke die gesamten Mittel verwendet würden.

Dezernent Wagner erklärte, dass von den gesamten zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von 1,7 Millionen Euro ein Betrag von 250.000 Euro bereit gestellt werde, um im Sozialamt auf drei Jahre befristet zusätzliches Personal zur Unterstützung integrativer Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen einzustellen. Des Weiteren bestehe im Bereich der Maßnahmen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) eine Unterdeckung von rund 1 Million Euro, so dass aus den zurückfließenden Mitteln tatsächlich nur 450.000 Euro für Projekte verfügbar seien. Für die Verwendung dieser Mittel seien zwei Vorschläge erarbeitet worden.

Frau Dinstühler ergänzte, dass die letztlich zur freien Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 450.000 für zwei Projekte - wie im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration besprochen - vorgesehen seien. Für Sprachförderung im frühkindlichen Bereich an Kindertagesstätten und Grundschulen seien 300.000 Euro eingeplant und für die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit weitere 150.000 Euro.

Abg. Göllner legte dar, dass aus ihrer Sicht hier offenbar ursprünglich zweckgebundene Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen würden, weil sie zum Ausgleich einer Unterdeckung verwendet worden seien.

Abg. Eichner wies ergänzend darauf hin, dass im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration übereinstimmend der Beschluss gefasst worden sei, die gesamten Mittel in Höhe von 1,7 Millionen Euro zweckentsprechend zu verwenden. Weiterhin bitte er die Verwaltung um Darlegung, aus welchen Gründen die im Bereich BuT ausgewiesene Unterdeckung in Höhe von 1 Million Euro zustande komme bzw. wofür die in Frage stehenden Mittel bestimmt seien.

Abg. Deussen-Dopstadt bestätigte, dass der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration die sprachliche Förderung für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund im Kita- und Grundschulbereich als Förderschwerpunkt beschlossen habe. Sie begrüße ausdrücklich, dass mit den bereit gestellten Mitteln die ehrenamtliche Arbeit von Initiativen, aber auch von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, auf regionaler Ebene gefördert und gewürdigt werde.

Dezernent Wagner betonte, vor dem Hintergrund der Verantwortung für den gesamten Kreishaushalt und die Kreisumlage sei die Vorlage in dieser Form in Abstimmung mit der Kämmerei erstellt worden. Das Schulamt sei in dieser Angelegenheit nicht federführend, eine Beurteilung aus schulfachlicher Sicht sei allerdings in die Vorlage eingeflossen, um dem

Ausschuss eine Beschlussempfehlung zur Aufhebung des Sperrvermerkes vorzulegen. Er gehe davon aus, dass der zuständige Dezernent, Herr Allroggen, in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Integration am 25.11.2015 über die tatsächliche Verwendung der zum Ausgleich der Unterdeckung vorgesehenen Mittel Auskunft geben könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen. Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss: